

## ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

## BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) **Das deutsch-chinesische Verhältnis im Berichtszeitraum**

## a) Politische Kontakte

Der Vorsitzende des NVK, Ye Jianying, sandte am 29. Mai ein Glückwunschsreiben an Karl Carstens zu dessen Wahl als Bundespräsident (XNA, 29.5.79).

Mitte Juni traf eine Delegation aus Schanghai mit dem zum chinesischen Politbüro gehörenden Oberbürgermeister der Stadt, Peng Zhong, für zwei Wochen zu einem Besuch in der Bundesrepublik ein, wo vor allem Fragen der Stadtplanung und des Wohnungsbaus studiert werden sollten. Die Delegation besuchte u.a. auch die Gedenkstätten für Marx und Engels in Trier und Wuppertal, kam nach Bonn und schließlich nach München, wo Franz Josef Strauß einen Empfang gab.

## b) Wirtschaftskontakte

Zur gleichen Zeit weilte in China eine im wesentlichen aus bayerischen Mitgliedern bestehende Wirtschaftsdelegation mit Wirtschaftsminister Anton Jaumann an der Spitze in China. U.a. wurde die Delegation vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Wissenschaftskommission, Fang Yi, empfangen, wo Gespräche über die derzeit im Gang befindliche Korrektur der chinesischen Wirtschaft geführt wurden (XNA, 7.6.79).

Jaumann kam zu dem Schluß, daß in Zukunft adäquate Bedingungen für China-Kredite geschaffen werden müßten; vor allem gelte es, mit den westlichen Konkurrenten, und hier wiederum mit Japan, gleichzuziehen. Mehrere bayerische Firmen vereinbarten eine Zusammenarbeit mit chinesischen Unternehmen. Die Kooperation bezieht sich vor allem auf landwirtschaftliche Maschinen, den Bau von Lokomotiven sowie die Erschließung von Ölvorkommen und Nichteisenmetallen. Die Bayerische Vereinsbank schloß mit der Bank of China einen Vertrag über die Gewährung eines 100-Mio.DM-Kredits. Dies ist der erste deutsche Bankkredit an China.

## c) Kulturelle Kontakte

Im Zusammenhang mit dem Jaumann-Besuch kam es auch zu einer Vereinbarung zwischen der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und der deutschen Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung. Die beiden Institutionen wollen künftig wissenschaftliche Arbeitsergebnisse und Wissenschaftler zu Studienaufenthalten austauschen. Die Finanzierung der Zusammenarbeit soll zwischen beiden Institutionen geteilt werden. In der Regel übernimmt das Gastland beim Austausch der Wissenschaftler die Aufenthaltskosten, während das Entsendeland die Reisekosten trägt. Die Zahl der auszutauschenden Wissenschaftler wurde in der Verein-

barung allerdings nicht festgelegt.

Zur Vorbereitung eines bilateralen Vertrags zum gegenseitigen Schutz der Urheberrechte verhandelte Mitte Juni der Vorstand der GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte), Prof. Erich Schulze, in China. Am Ende soll die VR China dem Welturheberrechts-Abkommen beitreten. Im Kulturaustausch zwischen der Bundesrepublik und China komme urheberrechtlichen Fragen, wie Schulze betonte, wachsende Bedeutung zu.

Zu Besuch war auch eine zehnköpfige Delegation der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, die von dem Heine- und Rilke-Übersetzer, Feng Zhi, geleitet wurde. Die Delegation besuchte deutsche Universitäten und Forschungsinstitute, aber auch Ministerien und Institutionen, das Bundeskartellamt, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz - und u.a. auch das Institut für Asienkunde.

Zur Förderung der bisherigen Zusammenarbeit und eines technisch-wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches, der im Interesse der Ingenieure in der VR China und in der Bundesrepublik liegt, haben der VDI (Verein deutscher Ingenieure) und die Chinese Mechanical Engineering Society am 12.6.1979 in Düsseldorf eine Vereinbarung unterzeichnet, deren Ziel es ist, gegenseitige Informationen und Erfahrungen auszutauschen. Darüber hinaus soll der VDI chinesische Studenten bei ihrem technischen oder naturwissenschaftlichen Studium in der Bundesrepublik betreuen. Die Vereinbarung gilt für vorerst fünf Jahre (NfA, 13.6.79).

Mehr Zusammenarbeit soll es auch im Sportbereich geben. Zu diesem Zweck wurde am 14. Juni in Frankfurt zwischen dem deutschen Sportbund und der Staatlichen Kommission für Kultur und Sport (vertreten durch Minister Wang Meng) ein Abkommen unterzeichnet, das fünf sportliche Begegnungen in jedem Land jährlich vorsieht. Die Allchinesische Sport-Föderation hat für das Jahr 1979 bereits Einladungen für Gymnastik und Fallschirmspringen ausgesprochen. Für 1980 werden Leichtathleten, Gewichtheber, Volleyballspieler und Fußballer aus der Bundesrepublik erwartet (SWB, 19.6.79).

Am 5. Juni wurde in Peking eine deutsche Buchmesse eröffnet, die größte, die je vom Börsenverein des deutschen Buchhandels im Ausland veranstaltet wurde. Sie umfaßt 7.000 Titel und wird in drei verschiedenen Städten gezeigt, und zwar in Peking, Wuhan und Xi'an. Der größte Teil der Titel, d.h. 4.334 von insgesamt 7.183, ist naturwissenschaftlichen und technischen Themen von der Raumfahrt bis zum Bergbau und von der Medizin bis zur Chemie und der Computertechnik gewidmet. Unter den wirtschaftswissenschaftlichen Büchern befinden sich Werke von Marx, Rudolf Bahro, Robert Havemann und einigen Systemkritikern aus der DDR. Die Sparte Literatur und Linguistik mit 498 Titeln reicht von den Klassikern Goethe und Kleist bis zu Brecht, Benn, Heinrich Böll und Günther Grass (XNA, 5. und 6.6.79).

d) Inzwischen liegen auch die Ergebnisse des deutsch-chinesischen Handels im Jahre 1978 vor: Gesamtumsatz (Einfuhr plus Ausfuhr) = 2,7 Mrd.DM (= +49% gegenüber dem Vorjahr). Die chinesischen Exporte stiegen um 10% auf 0,7 Mrd.DM, die deutschen Exporte um 42% auf 2 Mrd.DM. Die VR China nimmt damit allerdings im deutschen Außenhandel immer noch einen verschwindend geringen Platz ein. Sie stand in der deutschen Einfuhr an 44. und in der Ausfuhr an 27. Stelle (Vorjahr 45. bzw. 36. Platz). Wertmäßiger Anteil: 0,3 bzw. 0,7% (Vorjahr 0,3 bzw. 0,4%). Die Einfuhren aus China bestanden zu 30% aus Gütern der Ernährungswirtschaft, zu 24% aus gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren und zu 46% aus gewerblichen Fertigwaren. Die Ausfuhr nach China setzte sich zu 86% aus gewerblichen Fertigprodukten, zu 11% aus gewerblichen Halbwaren, zu 2% aus gewerblichen Rohstoffen und zu knapp 1% aus Gütern der Ernährungswirtschaft zusammen. Von 1977 auf 1978 wuchsen in erster Linie Exporte von Eisen und Stahl, Walzwerkerzeugnissen, NE-Metallen, Straßenfahrzeugen, Maschinenbauerzeugnissen und elektrotechnischen Waren.

- we -

## WESTEUROPA

### (2) Applaus für die Europäischen Parlamentswahlen

Nicht weniger als 110 Millionen Wähler der europäischen Länder, das seien 60% aller Wahlberechtigten, hätten sich für die Einheit Europas ausgesprochen. Es handle sich hier um einen bedeutenden Schritt der westeuropäischen Länder auf dem Wege zur politischen Union. Diese Union sei logisch angesichts der wachsenden militärischen Bedrohung von seiten der Sowjetunion und des abnehmenden Einflusses der USA auf Europa. Obwohl es innerhalb der einzelnen Staaten immer noch zahlreiche Widersprüche gebe, zwängen der Energiemangel, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die scharfen sozialen Widersprüche doch zu einem gemeinsamen Herangehen an die Probleme (XNA, 12.6.79).

- we -

### (3) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Irland

Am 22. Juni unterzeichneten beide Regierungen auf der Grundlage der fünf Koexistenzprinzipien das Aufnahmekommuniqué (XNA, 23.6.79). RMRB zollte dem "jahrhundertelangen Befreiungskampf des irischen Volkes um nationale Unabhängigkeit" seine Bewunderung. Nun fehlt in Europa nur noch der Vatikan.

- we -

## SOWJETUNION UND OSTEUROPA

### (4) Die Tibet-Frage nach dem Besuch des Dalai Lama in der Sowjetunion

Am 12. Juni traf der Dalai Lama, das Oberhaupt

der Buddhisten Tibets, mit einer sowjetischen Aero-Flot-Maschine von New Delhi kommend in Moskau ein. Es war dies der erste Besuch des Oberhauptes des tibetischen Lamaismus in einem kommunistisch regierten Land seit seiner Flucht aus China im Jahre 1959. Der Dalai Lama besuchte zunächst ein buddhistisches Kloster bei Leningrad und stattete einem Kloster in der Nähe des Baikalsees, dem nördlichsten buddhistischen Tempelbezirk Asiens, einen weiteren Besuch ab. Am 14. Juni flog er dann in die Hauptstadt der Mongolischen Volksrepublik, Ulan Bator, weiter, wo eine Tagung des Asiatischen Buddhistischen Friedenskongresses stattfand. Schon vor Reiseantritt hatte Xinhua (Näheres C.a., Mai 1979, Ü6) das Unternehmen unter politischen Gesichtspunkten mißbilligt. Der Dalai Lama benutze die "Hintertür Chinas" und lasse sich von der plötzlichen "Liebeserklärung des Kreml an den Buddhismus" täuschen. Diesem "Einkreisungs"-Vorwurf trat der Dalai Lama mit dem Hinweis entgegen, daß seine Reise ausschließlich religiösen Charakter trage.

Die Reise wurde u.a. auch vom Panchen Lama, dem zweithöchsten Oberhaupt der religiösen Hierarchie in Tibet, mißbilligt, der zu dieser Zeit gerade an der "Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes" in Peking teilnahm. Der 1937 geborene Panchen Lama, dessen in der chinesischen Presse benutzter Name "Banqen Erdeni Chuji Delteng" lautet, war, anders als der Dalai Lama, nicht ins Ausland geflohen, sondern war geblieben und hatte sich verbal stets zu Peking bekannt. Am 22. Juni warf er dem Dalai Lama vor, er habe seinen Rat mißachtet und damit einen "sehr schweren Fehler" begangen. Der Dalai Lama solle endlich aufhören, der Regierung in Peking zu mißtrauen, und in die Heimat zurückkehren. Er, der Dalai Lama, werde eine seinem politischen Status entsprechende Behandlung erfahren. Die Volksregierung werde sich unter allen Umständen an ihr Versprechen halten (XNA, 22.6.79).

Schon seit Ende 1978 hat die chinesische Regierung mehrere Zeichen des guten Willens gegeben:

- Im Dezember 1978 wurden fünf Exiltibeter von der chinesischen Botschaft in New Delhi eingeladen, Tibet zu besuchen. Das aus sieben Mitgliedern bestehende Exilkabinett ("Kashag") beschloß, den Eingeladenen die Reise zu empfehlen. Der 14. Dalai Lama allerdings weigerte sich, selbst an dieser Reise teilzunehmen, zeigte sich andererseits aber auch erfreut darüber, daß die Chinesen endlich "Vernunft" erkennen ließen. In einer Stimmung des vorsichtigen Optimismus sprach er sich lobend über Deng Xiaoping und seine pragmatische Haltung aus.

- Anfang 1979 wurde - in Zusammenarbeit mit der Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes - ein "Empfangskomitee für tibetische Landsleute, die nach Tibet zurückkehren oder Tibet einen Besuch abstatten", gegründet (XNA, 27.2.79).

- Im März sprach der Panchen Lama eine offizielle Einladung an den Dalai Lama aus, "nach Hause zurückzukehren". Er, der Panchen Lama, bekenne sich zur Politik der KPCh und fühle sich in China äußerst wohl. Zusammen mit seinem Vater und seiner Mutter sei er Mitglied des 3. Komitees des Tibet-Ausschusses der Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes und beziehe - in Höhe von 500 Yuan monatlich - eine der höchsten Gehälter des Landes. Er habe inzwischen auch all seine persönlichen Habseligkeiten zurück- erhalten, einschließlich eines ansehnlichen Bankkontos, das unter der Viererbande konfisziert worden

war. Wissenschaftlich lasse sich weder die Existenz noch die Nichtexistenz eines göttlichen Wesens feststellen. Soviel aber sei sicher, daß die Grundlehren von Sakyamuni Buddha auf das Glück aller Lebewesen ausgerichtet seien. Da die KPCh für die Interessen des Volkes arbeite, bestehe kein grundsätzlicher Konflikt zwischen Sozialismus und Lamaismus. Ausbeutung von Sklavenarbeit, wie sie unter der Sklavengesellschaft praktiziert worden sei, verstoße gegen den Willen Sakyamunis. (XNA, 13.3.79).

Die Antwort der tibetischen Exilregierung im indischen Dharmasala bestand darin, daß man den Panchen Lama einlud, doch einmal persönlich nach Dharmasala zu kommen und nicht nur durch die chinesischen Propagandaorgane zu sprechen. "Wir sind sicher, daß er dann die Wahrheit sprechen wird. Er ist ja ein aufrichtiger Tibeter. Sollten der Dalai Lama und seine Regierung zu der Überzeugung kommen, daß das Volk in Tibet heute wahrhaft glücklich lebe, so würden sie ihre Forderungen nach einem "freien Tibet" aufgeben.

Auch der einflußreiche Tibetische Jugendkongreß, der radikale Flügel der 100.000 exilierten Tibeter (Mitgliederschaft: rund 10.000), forderte den Panchen Lama zu einem direkten Gespräch in Indien auf (Kyodo in SWB, 26.3.79).

- Am 17. März entließen die chinesischen Behörden 376 tibetische Häftlinge, die im Zusammenhang mit dem Aufstand von 1959 verhaftet worden waren. Der Sprecher des Dalai Lama begrüßte diese Aktion, forderte die chinesische Regierung aber gleichzeitig auf, auch die Gefangenen in Kham und Ando in Osttibet freizugeben. Die 376 Entlassenen stammten aus Zentraltibet; der eigentliche Antichinakampf aber habe in Osttibet stattgefunden. Ihren guten Willen könnte die chinesische Regierung gerade an den dortigen Opfern beweisen. Insgesamt gebe es allein in Zentraltibet noch 72 zentrale und 30 kleine Gefängnisse. Weit über 100 Gefängnisse existierten in Ando und Kham in Osttibet (ebenda).

- Weitere Zeichen des guten Willens von Seiten Pekings: 22 größere Klöster und historische Gebäude, die vom Verfall bedroht waren, sind in der Zwischenzeit restauriert worden, unter ihnen der 1.300 Jahre alte Potala-Palast in Lhasa.

Letztere Maßnahme hängt allerdings auch mit den Tourismusinteressen der Volksrepublik China zusammen. In den letzten Monaten haben die Chinesen z.B. der nepalesischen Regierung mehrere Male angeboten, mit ihr touristisch zusammenzuarbeiten. U.a. wurde vorgeschlagen, daß Touristen per Flugzeug am frühen Morgen im nepalesischen Katmandu starten, über die Makalu- und Kanchenjunga-Bergketten fliegen und dann die tibetische Hauptstadt Lhasa besuchen könnten. Am selben Abend könne dann der Rückflug nach Katmandu erfolgen.

Der Dalai Lama hat Anfang Juli zu verstehen gegeben, daß er gegen eine Föderation zwischen Tibet und China nichts einzuwenden habe, wenn das Volk von Tibet dadurch "wahrhaft glücklich" würde. Die chinesische Regierung müsse aber zunächst einmal ihre Fehler in Tibet eingestehen und dürfe den Tibetern außerdem nicht den chinesischen Lebensstil aufzwingen. Dann müsse man sehen, ob die Bevölkerung mit einer limitierten Autonomie zufrieden sei (Radio New Delhi, SWB, 4.7.79). Tibet war im 18. Jh., vor allem seit der Entsendung zweier kaiserlicher Beauftragter (Ambane) i.J. 1728, zunehmend

unter die Herrschaft der Qing-Dynastie geraten, hatte sich 1911, beim Ende der Dynastie, aber wieder von China losgesagt. Im Winter 1951 waren dann chinesische Truppen ins Land einmarschiert, und im Mai 1951 war ein Abkommen erzielt worden, in dem die Behörden Tibet die Vorherrschaft Pekings anerkannten, sich aber gleichzeitig die Beibehaltung des religiösen Systems ausbedungen. Der tibetische Widerstand, vor allem von Seiten des Khamba-Stammes in Osttibet, dauerte jedoch an, und 1959 kam es zu einem Aufstand, in dessen Gefolge der Dalai Lama nach Indien floh.

Heute leben in Tibet rund 1,8 Mio. Menschen, unter ihnen rund 52.000 Chinesen. Die Zahl der chinesischen Funktionäre wird gerade in den letzten Monaten stark erhöht. Die Deutung, daß es sich hier um Versuche handle, die Zügel noch strenger anzuziehen, treffen aber angesichts der ohnehin bestehenden chinesischen Machtfülle, von der sich auch mehrere westliche Besucher inzwischen einen Eindruck verschaffen konnten, kaum zu. Hauptgrund für die Versendung dürfte vielmehr der Überschuß an Kadern in den chinesischen Küstenstädten sein. In einer Zeit, da Tausende von Funktionären rehabilitiert werden, besteht Anlaß, jüngere Kader in entferntere Landesteile zu verschicken, wo sie sich Sporen verdienen können.

- we -

#### (5) Moskau - Peking: Zwischen Verhandlungen und Polemik

Am 4. Juni teilte der sowjetische Außenminister Gromyko dem zeitweiligen Geschäftsträger der VR in Moskau mit, daß das Außenministerium der UdSSR den Empfang des chinesischen Memorandums vom 5. Mai 1979 bestätige (Näheres C.a., Mai 1979, Ü 5). Auch auf Seiten der Sowjetunion sei man an Verhandlungen interessiert, um die Spannungen zwischen beiden Ländern abzubauen. Ziel und Aufgabe von Verhandlungen müsse die Normalisierung und die Verbesserung der bilateralen Beziehungen auf der Grundlage der fünf Koexistenzprinzipien sein. Moskau schlage Verhandlungen im Juli oder August 1979 vor (Radio Moskau in BPA/Ostinfo, 5.6.79). Ein chinesischer Pressesprecher nahm dieses Angebot positiv auf. Man solle in der Tat eine Normalisierung auf der Grundlage der fünf Koexistenzprinzipien versuchen. Basis hierfür sei jedoch die Vereinbarung, daß keine von beiden Seiten Hegemonie anstrebe. Man könne auf Vizeaußenminister-Ebene im Juli oder August in Moskau verhandeln. Vorbedingungen werden von Seiten der Chinesen nicht gestellt, wenn man nicht den Antihegemonie-Vorbehalt als solche ansieht.

Zwei Schritte vor, einen zurück: Während Verhandlungen ins Auge gefaßt werden, geht die beiderseitige Feindpropaganda weiter. Peking polemisiert gegen die sowjetischen Militärbasen in Vietnam (15.5.79), freut sich über den Besuch des Papstes in Polen, der eine "politische Demonstration gegen die Sowjetunion" gewesen sei (XNA, 12.6.79), attackiert die sowjetisch-amerikanische Rivalität im Indischen Ozean (Radio Peking, SWB, 20.6.79), kritisiert das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen in Wien, das am 18. Juni zu Ende ging (XNA, 19. und 20.6.79), übt nach wie vor Kritik an SALT II, berichtet über eine Annäherung Moskaus an Israel (XNA, 18.5.79), läßt sich schadenfroh über die sowjetischen Schwierigkeiten mit der eigenen Ölförderung aus (XNA, 30.6.79) und attackiert vor allem den Empfang des Dalai Lama

in der Sowjetunion.  
- we -

## LATEINAMERIKA

### (6) Mittelamerika: Sympathie für die Aufständischen in Nicaragua und in El Salvador

Bei einem Empfang des neuen venezolanischen Botschafters in Peking betonte der chinesische Außenminister Huang Hua erneut die Unterstützung Chinas für die Sandinisten.

In einem Artikel der Beijing Rundschau (1979, Nr.26, S.28 f.) werden die "krassen Diskrepanzen zwischen arm und reich in El Salvador, dem kleinsten, aber dichtbesiedeltesten Land Mittelamerikas, geschildert. 90% an Grund und Boden würden von 90 Großfamilien (5% der Bevölkerung) kontrolliert, während die 60% Bauern kaum Grund und Boden besäßen und von den Grundbesitzern grausam ausgebeutet würden. Wiederholte Aufstände seien von der Militärdiktatur erbarmungslos niedergeschlagen worden. Die USA hätten seit 1961 ihre Hände bei der Aufrechterhaltung des Militärregimes im Spiel und hätten immer wieder ihre Hilfe bei Scheinwahlen geleistet. Im Mai sei die Regierung nun so sehr in Bedrängnis geraten, daß sie einen generellen Ausnahmezustand habe verhängen müssen.

Sowohl im Falle Nicaraguas als auch El Salvadors drückt Peking sich zurückhaltend aus, da man in der chinesischen Führung offensichtlich befürchtet, Kuba könne sich günstig in Szene setzen.

- we -

## AFRIKA UND NAHOST

### (7) Peking hofft auf baldige Lösung der Westsahara-Frage

Die Westsahara ist seit der Entlassung aus spanischer Kolonialherrschaft im Jahre 1975 zu einem Streitobjekt zwischen dem nördlich gelegenen Marokko und dem südöstlich liegenden Mauretanien sowie zwischen dem nur auf rund 100 km im Osten angrenzenden Algerien geworden, das seinen Einfluß über die 1973 gegründete Polisario geltend macht - eine autochthone Aufständischen-Bewegung, die aus der 1968 gegründeten "Befreiungsfront Sahara" hervorgegangen ist.

Die streitenden Parteien berufen sich auf die Geschichte: Anfang des 7. Jahrhunderts ließen sich Araber in der Westsahara nieder. Die Moros gründeten hier ein Königreich. Zwischen dem 16. und 17. Jh. stand die Westsahara unter der Herrschaft des marokkanischen Königreichs, 1884 besetzte Spanien dieses Gebiet und machte es 1958 zu einer Provinz.

1969 forderte die UNO Spanien zur Entkolonialisierung auf. Madrid kam diesem Verlangen im Mai 1975 nach. Einen Monat später vereinbarten Marokko und Mauretanien ein Abkommen über die Aufteilung der Westsahara, das am 14. April 1976 unterzeichnet wurde und Marokko den nördlichen Teil (170.000 qkm) und Mauretanien den südlichen Teil (90.000 qkm)

zuschrieb.

Algerien widersetzte sich dieser Teilung und stellte sich hinter den Unabhängigkeitskampf der Polisario, die am 27. Februar 1976 die "Arabische Demokratische Republik Sahara" ausrief.

Peking betrachtet den Westsahara-Konflikt, wie üblich, unter antihegemonistischem Gesichtspunkt und befürchtet, daß der nun seit vier Jahren andauernde Konflikt die Stabilität nicht nur im Maghreb, sondern auch im restlichen Afrika gefährde und den Sowjets günstige Ausgangspositionen verschaffe.

In der Zwischenzeit zeichne sich eine "friedliche Lösung" zwischen den Beteiligten ab. Auch Algerien sei zum Einlenken bereit. Dieser Weg müsse im Interesse der afrikanischen Stabilität weiterhin beschritten werden (XNA, 25.6.79).

- we -

### (8) Somalische Militärdelegation in China

Eine "militärische Goodwill-Delegation" aus Somalia unter Leitung von Generalleutnant Mohammed Ali Samater, dem 1. stellvertretenden Präsidenten und Verteidigungsminister, stattete der VR China einen mehrtägigen Besuch ab, von dem nur das äußere Zeremoniell gemeldet wurde: U.a. besuchte die Delegation das Mao-Mausoleum, wohnte militärischen Übungen, u.a. einer Luftwaffenschau und einem Zielschießen bei, besuchte zahlreiche militärische Einrichtungen, vor allem die Garnison von Schanghai, und stattete einer Einheit der Ostchina-Flotte in Schanghai einen Besuch ab. Als symbolträchtiges Geschenk hinterließ die Delegation eine Elfenbeinschnitzerei in Form einer Rakete (XNA, 26., 29. und 30.6.79).

Ähnlich wie Ägypten und der Sudan hat sich Somalia nach dem Bruch mit der Sowjetunion nicht nur den USA, sondern auch der VR China zugewandt und erhält von dort nicht nur Wirtschaftshilfe (Straßenbauprojekte stehen hierbei im Vordergrund), sondern auch militärische Hilfe, deren Einzelheiten allerdings nicht bekanntgegeben werden.

- we -

### (9) Waffenabkommen zwischen China und Ägypten

Bei einer Rede anlässlich des 4. Jahrestags der Wiedereröffnung des Suezkanals gab Präsident Sadat bekannt, daß Ägypten mit der VR China (zu einem nicht näher angegebenen Zeitpunkt) ein Waffenabkommen abgeschlossen habe. U.a. ist dort die Lieferung einer Anzahl abgeänderter Flugzeuge des sowjetischen Typs MiG 19 vorgesehen, wie die halbamtliche Al Ahram am 7. Juni meldet (es handelt sich hier m.a.W. um die F-9-Jagdflugzeuge, die in Anlehnung an die sowjetische MiG 19 vom Flugzeugwerk in Shenyang hergestellt werden).

Peking hatte bereits nach dem Besuch des damaligen ägyptischen Verteidigungsministers Gamassi im Jahre 1976 kostenlose Ersatzteile für sowjetische MiG-Flugzeuge an Ägypten geliefert, nachdem es zum Bruch zwischen Kairo und Moskau gekommen war und Moskau sich infolgedessen geweigert hatte, weiterhin Ersatzteile zu stellen. Die chinesischen Lieferungen, deren Stückzahl nicht näher angegeben wurde, erfolgen angeblich als "Geschenk".

Gerüchteweise verlautet freilich, daß Ägypten im Gegenzug MiG 23 zur Verfügung stellt. Zumindest ist ein solcher "Tausch" bei ägyptisch-amerikanischen Waffentransaktionen bekannt geworden. Die Chinesen

sind an modernster sowjetischer Technologie noch viel mehr interessiert als die Amerikaner, da sie ja bisher ihre Waffenproduktion weitgehend an sowjetischen Modellen ausgerichtet haben. Vermutlich liefert Ägypten den Chinesen auch SAM-6-Raketen und anderes Gerät, das noch aus den Zeiten der ägyptisch-sowjetischen Zusammenarbeit stammt.

Auch auf anderen Gebieten funktioniert die chinesisch-ägyptische Freundschaft. Am 1. Mai bereits war in Peking ein Exekutivprogramm für die kulturelle Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern für die Jahre 1979-1981 unterzeichnet worden.

Während die Sowjetunion vor allem in Südjemen, Äthiopien und in Afghanistan Fuß fassen konnte, hat die VR China heute - Seite an Seite mit den USA - in Ägypten, im Sudan und in Somalia zur Balance ansetzen können. Nunmehr ist mit der Annäherung an Israel - bei gleichzeitiger Beibehaltung guter Beziehungen zur PLO - die Quadratur des Kreises zu lösen.

- we -

#### (10) Peking und Taipei helfen Nordjemen

Während die VR China fortfährt, die jemenitische Wiedervereinigung zu befürworten (Näheres dazu C.a., Mai 1979, Ü 10) und dabei auf den Nordjemen setzt (XNA, 27.5.79), wurde bekannt, daß nunmehr auch Taiwan zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der Arabischen Republik (Nord)Jemen sieben Luftwaffen-Spezialisten entsandt hat. Vermutlich sollen sie die vom amerikanischen Präsidenten Carter während der Kämpfe gegen die marxistisch regierte Volksrepublik Südjemen überlassenen zwölf Kampfflugzeuge vom Typ F-5 fliegen. Der Nordjemen verfügt über keine ausgebildeten Piloten für die Maschinen.

Die Flugzeuge sollen einstweilen in Nordjemen bleiben, obwohl beide jemenitischen Staaten in der Zwischenzeit ihre Kampfhandlungen eingestellt haben und über eine mögliche Wiedervereinigung verhandeln.

- we -

#### (11) Afghanistan: Peking wehrt sich gegen sowjetische Einmischungsverdächtigungen

Seit Monaten steht das prosowjetische Regime des afghanischen Präsidenten Taraki, der im April 1978 an die Macht gekommen ist, in schweren Auseinandersetzungen mit muslimischen Rebellen. Die 92.000-Mann-Armee des Regimes hat empfindliche Niederlagen hinnehmen müssen.

Grund dafür ist einmal die überhastete Bodenreform, die die Bauern und Nomaden befürchten läßt, daß in Afghanistan ähnliche Kollektivierungszustände eintreten wie in dem gleich nördlich gelegenen muslimischen Sowjet-Mittelasien. Vorerst wurden nur die Grundbesitzer enteignet, doch fürchten auch die kleinen Bauern nunmehr das Schlimmste.

Eine weitere soziale Schicht, die sich gegen Taraki und seine Staatspartei "Chalk" (Volk) wendet, sind die Mullahs, die - nach dem Vorbild des benachbarten Iran - ebenfalls einen Muslimstaat anstreben, sich darin aber von den "gottlosen" Kommunisten behindert sehen, denen es - obwohl sie sich bisher noch nie offen zum Marxismus bekannt haben - offensichtlich um die Errichtung einer Volksrepublik geht. Daneben sind es noch Stammesführer und Flüchtlinge, die den Befriedigungsaktionen der Armee entkommen sind, und schließlich die Arbeiterschaft,

der das ständige - von oben herab verordnete - Demonstrieren und die inflationären Zustände Ärger bereiten. Im Lande gibt es ferner rund 40.000 politische Gefangene, die immer wieder Wege und Mittel gefunden haben, Kontakte mit der Außenwelt herzustellen. Selbst Anhänger des Regimes können schließlich angesichts der gesunkenen Produktionsleistungen, der hohen Steuern und des Nachlassens jeder Investitionstätigkeit ausländischer Firmen nicht gerade zufrieden sein.

Die Sowjets, die von Anfang an, d.h. seit April 1978, das Taraki-Regime stützten (Näheres dazu C.a., Oktober 1978, S.649-658), stehen vor einer unangenehmen Wahl:

- Taraki weiterhin zu helfen bedeutet ein äußerst kostspieliges Unternehmen und würde überdies das Mißtrauen gegen die Sowjetunion in anderen islamischen Ländern, nicht zuletzt auch in Indien, anwachsen lassen.

- Andererseits erscheint es momentan auch unklug, Taraki fallen zu lassen, da dadurch das sowjetische Ziel, ein Einflußgebiet von der südlichen Sowjetunion über Afghanistan bis zum Persischen Golf aufzubauen, auf lange Zeit verbumt würde.

- Eine dritte Möglichkeit steht momentan nicht zur Diskussion. Moskau betreibt deshalb eine Hinhaltenaktik, indem es den amerikanischen CIA, Pakistan und China der Einmischung in innerafghanische Angelegenheiten durch Ausbildung und Entsendung konterrevolutionärer Elemente beschuldigt (TASS, engl., 28.6.79; BPA/Ostinfo, 29.6.79).

Doch damit sticht die sowjetische Propaganda in ein Wespennest. Xinhua (XNA, 20.6.79) reagierte prompt: Seit dem April-Coup von 1978 habe die Sowjetunion mit Afghanistan über vierzig Verträge unterzeichnet und das Land damit unter feste Kontrolle gebracht. 3.500 sowjetische Militärberater seien zusätzlich zu zahllosen Beratern auf anderen Gebieten in dem mittelöstlichen Staat. Sie alle hielten Schlüsselpositionen in der afghanischen Regierung besetzt. Um ihren Einfluß zu vergrößern, habe Moskau große Mengen von Flugzeugen, Tanks, Schützenwagen und anderen Waffen geliefert. Sowjetische Piloten flögen Bombeneinsätze gegen die muslimischen Aufständischen. Dieses Verhalten habe dazu geführt, daß das afghanische Volk den Sowjets gegenüber feindliche Gefühle hege. In Kabul sei es bereits zu Umzügen gekommen, bei denen die Teilnehmer "Tod den Russen" gerufen hätten.

Statt sich nun an die eigene Brust zu klopfen, beschuldige Moskau die VR China der Einmischung und der Aggression in Afghanistan. Ein solcher Schuß gehe freilich nach hinten los!

- we -

## ASIEN

#### (12) Gute Beziehungen zu Pakistan bestätigt

Am 19. und 20. Mai war der "pakistanische Ratgeber für Außenpolitik" - so nennt sich der dortige Außenminister - in Peking und wurde dort von Hua Guofeng und Deng Xiaoping persönlich empfangen (XNA, 20.5.79). Nach den Wolken, die über dem bisher so ungetrübten pakistanisch-chinesischen Himmel im Anschluß an die Hinrichtung Bhuttos durch das Regime Zia-ul-haq heraufgezogen waren, ist es nun

vor allem im Zusammenhang mit den sowjetisch-pakistanischen Auseinandersetzungen über die Afghanistan-Frage wieder zu einer Annäherung zwischen Islamabad und Peking gekommen. Seit im April 1978 der Umsturz in Afghanistan stattfand, habe die Moskauer Presse sich zunehmend auf Pakistan eingeschossen, das am 23. Mai sogar beschuldigt wurde, einen "Blitzkrieg" gegen Afghanistan zu planen (XNA, 25.6.79). In seiner Afghanistan-Kommentierung gibt Peking den Pakistanis jede Rückenstärkung.

- we -

### (13) Das Problem der "Flüchtlinge" aus Indochina

Nie zuvor in einem Berichtsmonat waren so viele offizielle Erklärungen und Zeitungsartikel über das Problem der "sogenannten Flüchtlinge" in der chinesischen Presse erschienen wie im Juni. Ein Xinhua-Bericht (XNA, 29.6.79) faßt Zahlen zusammen. Nach China seien bisher 235.000 Menschen vertrieben worden (1978: 200.000, im 1. Halbjahr 1979: 35.000), unter ihnen Huaqiao mit und ohne vietnamesische Staatsangehörigkeit und Angehörige verschiedener vietnamesischer Minoritäten, vor allem des Kinh-Volkes, der größten Minderheit in Vietnam.

Darüber hinaus seien 300.000 Menschen in südostasiatische Staaten vertrieben worden, und zwar 250.000 nach Thailand (diese Zahl umfaßt 138.000 Laoten, über 80.000 Kampucheaner und 24.000 Vietnamesen), ferner nach Malaysia (79.000 bis Mitte Juni), nach Indonesien (31.000) und nach Hongkong (52.000 bis Mitte Juni).

Davon hätten bisher 20.000 in Australien, 50.000 in Frankreich, 10.000 in Kanada und 7.000 jeden Monat in den USA Aufnahme gefunden. Gehe man realistisch davon aus, daß 50-70% der "Boat-people" auf hoher See ertrunken seien, so komme man auf die Zahl von rund einer Million Menschen, die bisher von Vietnam "exportiert" worden seien - und zwar die meisten gegen Geld. Allein im April habe die vietnamesische Staatskasse 240 Mio.\$ für diesen "Export" erzielt. 1979 werde es Vietnam auf diesem Wege wahrscheinlich zu Einnahmen von 3 Mrd.\$ bringen.

Von den rd. 3 Millionen Laoten seien bisher ebenfalls bereits 200.000 vertrieben worden. Ein weiterer Xinhua-Artikel (XNA, 1.7.79) spricht von zwei "großen menschlichen Tragödien im 20. Jahrhundert", die enge Parallelen zueinander aufwiesen, nämlich der Vertreibung der Juden durch das Hitler-Regime in den dreißiger Jahren und dem Exodus aus Vietnam. Von den Vietnamesen werden heute, wie schon zu Hitlers Zeit ("Amt für jüdische Auswanderung"), Spezialbehörden der Vertreibung errichtet. Wie die Chargin Hitlers holten auch die Vietnamesen das letzte Eigentum aus den Flüchtlingen heraus. Das Hitler-Regime schließlich habe die Juden in Konzentrationslagern vergast, während die Vietnamesen die schmutzige Arbeit des "Massenmords" der hohen See überließen.

Die Pekinger Presse räumt auch südostasiatischen Protesten gegen die vietnamesische Flüchtlingspolitik breiten Raum ein (z.B. XNA, 29.6.79). Die Regierung der Philippinen beispielsweise frage schon heute, ob die vietnamesischen Flüchtlinge wirklich Flüchtlinge seien. Handle es sich bei der Aktion nicht auch um einen Massenexport von Geheimagenten, die für eine spätere "5. Kolonne" bereitgestellt werden?

Am 16. Juni forderte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums offiziell die vietnamesi-

schen Behörden auf, dem Flüchtlingsexport Einhalt zu gebieten (XNA, 16.6.79). Vietnam wurde angeklagt, auf Flüchtlingsboote zu schießen, wenn diese sich wieder vietnamesischen Gewässern nähern. Vor der Insel Nansha beispielsweise wurden 23 Flüchtlinge durch Artilleriefeuer getötet (XNA, 30.6.79).

Welche Gründe führen zur Massenflucht? Xinhua (XNA, 11.6.79) nennt sie beim Namen: Systematische Ausplünderung durch organisierte "Jugendstoßbrigaden", die willkürlich bei Tag und Nacht in die Häuser eindringen, sie ausrauben und die Bewohner abtransportieren; Flucht vor der Rekrutierung in das "expansionistische" Heer der Vietnamesen, wo sie dann als "Kanonenfutter" verwendet würden; Hungersnot: Die Monatsration für jeden Einwohner betrage z.Zt. nur 8-9 kg Getreide, darunter nur 2-3 kg Reis. Manchmal gebe es auch diese Menge nicht. In den Städten nehme die Zahl der Arbeitslosen beständig zu; schließlich seien die ständigen Demütigungen und Beleidigungen nicht mehr zu ertragen. Wurzel allen Übels seien die vietnamesischen Expansionsgelüste, die so teuer kämen, daß auch die hohen Sowjetlieferungen nicht mehr ausreichten.

Hanoi ist den chinesischen Anschuldigungen bisher nichts schuldig geblieben und wirft der Pekinger Führung "Krokodilstränen" vor. Im übrigen müsse man die Chinesen doch fragen, was nicht weniger als 50.000 ihrer Landsleute veranlaßt habe, in den ersten zehn Monaten des Jahres 1978 nach Hongkong zu fliehen. Wer sei an der Ermordung von drei Millionen Kampucheanern schuld? Warum habe die chinesische Führung geschwiegen, als das Pol-Pot-Regime eine halbe Million Chinesen hingeschlachtet habe? Wer schließlich unterstützte die regierungsfeindlichen Kräfte in Birma und im nördlichen Indien? (VNA in SWB, 11.6.79) Die VNA vom 21.6.79 (SWB, 23.6.79) weist darauf hin, daß Vietnam es jedermann freigestellt habe, seinen Lebensunterhalt anderswo zu erwerben, wenn er nicht in Vietnam bleiben wolle. Er könne dann nach Durchlaufung der vorgeschriebenen Prozeduren das Land verlassen. Das sei doch eine ganz "korrekte und humane Politik".

Am 20. Juni gab das vietnamesische Außenministerium eine Erklärung heraus: 1954 hätten die Franzosen und Amerikaner mit der Parole "Gott ist nach Süden gegangen" die Flucht von rund einer Million Vietnamesen von Nord nach Süd "organisiert". 1975 hätten dann die Amerikaner so häufig von dem "drohenden bevorstehenden Blutbad" der Vietcong-Eroberer gesprochen, daß es am Ende 1-2 Millionen Fluchtwillige in Südvietnam gab. Nur der rasche Sieg während der Frühjahrsoffensive habe diese Massenauswanderung verhindert. 1978 dann hätten die Pekinger Expansionisten die Pol-Pot-Clique zum Krieg gegen Vietnam aufgehetzt und damit unendliches Leid über das kampucheanische und vietnamesische Volk gebracht. Zehntausende von Menschen hätten damals - von Kampuchea kommend - Asyl in Vietnam und Thailand suchen müssen.

Aus all diesen Tatsachen ergebe sich, daß der "Exodus" von Hunderttausenden von Vietnamesen, Laoten und Kampucheanern letztlich durch die US-Imperialisten und die Pekinger Expansionisten ausgelöst worden sei.

Das vietnamesische Vorgehen sei vernünftig und gerecht: Am 12. Januar 1979 habe die vietnamesische Regierung bekanntgegeben, daß sie all denjenigen, die ins Ausland gehen wollten, die Erlaubnis dazu geben werde, sobald sie die gesetzlich vorgesehenen Prozeduren durchlaufen hätten.

Am 30. Mai 1979 habe Hanoi ein Abkommen mit dem UN-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen in sieben Punkten getroffen, durch das für eine ordnungsgemäße Ausreise der Flüchtlinge gesorgt worden sei. Gleichzeitig sei die Zahl der illegal Auswandernden auf ein Minimum eingeschränkt worden.

Peking und Washington allerdings versuchten mit allen nur möglichen Mitteln, die Weltmeinung zu Ungunsten Vietnams zu beeinflussen. Vietnam halte sich demgegenüber getreu an das Sieben-Punkte-Programm und sei auch bereit, an Konferenzen teilzunehmen, die vom UNHCR mit einberufen würden (VNA in SWB, 22.6.79).

Radio Moskau gibt diesen Ausführungen Schützenhilfe. Das Flüchtlingsproblem sei in erster Linie eine Folge der amerikanischen Aggression in Indochina und chinesischer Machenschaften. Im übrigen erfolge die Ausreise aufgrund freiwilligen Entschlusses der betreffenden Personen, die zumeist mit dem jetzigen revolutionären Regime nicht einverstanden seien. Die Behörden Vietnams seien insofern sogar großzügig. Sie arbeiteten im übrigen mit dem UNO-Kommissar für Flüchtlingsangelegenheiten und mit dem Internationalen Roten Kreuz zusammen und bemühten sich, die Emigration organisiert ablaufen zu lassen.

Die öffentliche Meinung im Westen und auch in den ASEAN-Ländern ist jedoch längst zu Ungunsten Vietnams umgeschlagen, das bereits weitgehend isoliert ist, wenn man von seinen Kontakten zu den Ostblockländern absieht. Inzwischen haben Kanada und die EG bereits versprochene Hilfeleistungen an Vietnam eingestellt und lassen die Gelder nunmehr jenen Ländern zukommen, die Flüchtlinge aufgenommen haben.

- we -

#### (14) Das chinesisch-vietnamesische Verhältnis im Berichtszeitraum: Verhandlungen, Beschimpfungen und Übergriffe

1. Verhandlungen fanden auf zwei Ebenen statt, nämlich zwischen den stellvertretenden Außenministern und zwischen den Rote-Kreuz-Organisationen der Länder.

Die 5. Plenarsitzung der insgesamt 5. chinesisch-vietnamesischen Verhandlungsrunde hatte am 18. Mai in Hanoi stattgefunden, ohne daß - mit Ausnahme des Gefangenenaustausches - konkrete Ergebnisse herausgekommen wären (Näheres C.a., Mai 1979, S.568 ff.). Die vietnamesische Seite hatte einen Drei-Punkte-, die chinesische einen Acht-Punkte-Vorschlag präsentiert (C.a., April 1979, Ü 15). Am 21. Mai war die chinesische Delegation aus Hanoi abgereist (XNA, 21. und 22.5.79).

Trotz der erstarrten Fronten wurde aber eine Fortsetzung der Verhandlungen vereinbart, die dann mit der "6. Plenarsitzung" am 28. Juni weiterging - diesmal in der chinesischen Hauptstadt. Der chinesische Unterhändler, Han Nianlong, blieb derselbe, doch anstelle des temperamentvollen und in seiner Wortwahl wenig zurückhaltenden Phan Hien war nunmehr der stellvertretende Außenminister Dinh Nho Liem getreten (Foto der Verhandlung in XNA, 29.6.79).

Der vietnamesische Vertreter versicherte zunächst, daß es seinem Land darauf ankomme, die "traditionelle Freundschaft" zwischen China und Vietnam wiederherzustellen; anschließend wiederholte er den alten Drei-Punkte-Vorschlag, der von China bereits abgelehnt worden war, und meinte, daß die

chinesischen Drohungen von einer "zweiten Lektion" das vietnamesische Volk nicht einschüchtern könne. Schließlich schlug er vor, daß ein Abkommen folgenden Inhalts zwischen beiden Ländern unterzeichnet werde (es folgt der ungekürzte Text im Wortlaut):

"Abkommen zwischen der Delegation der Regierung der SRV und der Regierung der VRCh. Unabhängig von den fortzusetzenden Diskussionen beider Seiten über Maßnahmen zur Herstellung von Sicherheit, Frieden und Stabilität in den Grenzgebieten beider Länder und über andere fundamentale Probleme in den Beziehungen beider Länder, mit einem Blick ferner auf die Schaffung einer günstigen Gesprächsatmosphäre kommen beide Delegationen im Sinne einer Sofortmaßnahme zu folgender Übereinkunft, die um 6 Uhr Hanoi Zeit oder 7 Uhr Pekinger Zeit am 5. Juli 1979 in Kraft tritt.

Beide Seiten verzichten darauf, Spionage- und Aufklärungsaktivitäten in irgendeiner Form auf dem Gebiet des anderen durchzuführen, sie verzichten auf alle offensiven Aktivitäten, auf bewaffnete Provokationen, auf Beschießungen zu Land, zu Wasser und in der Luft, und sie nehmen Abstand von allen Gefährdungen der Sicherheit des anderen.

Jede Seite erteilt ihren Streitkräften den Befehl, das obige Abkommen ab sofort und genauestens einzuhalten. Dieser Befehl soll über Rundfunk und in den Zeitungen beider Partner bekanntgegeben werden." (VNA, 28.6.79 in SWB, 30.6.79)

Han Nianlong bezeichnete bei der anschließenden Pressekonferenz den vorgelegten Entwurf als einen Trick zur Ablenkung von der wahren Sachlage (XNA, 28.6.79). Ein Xinhua-Kommentator meint, Hanoi verfolge damit drei Ziele: Es wolle sich selbst als friedliebend hinstellen, während es gleichzeitig Grenzprovokationen verursache und Kampuchea unterdrücke; es wolle dem chinesischen Acht-Punkte-Vorschlag ausweichen, der vor allem antihegemonistische Absichten (Stationierung von Truppen auf fremden Gebieten) verfolge, und es wolle die öffentliche Meinung von dem Flüchtlingsproblem ablenken, das doch ausschließlich durch Vietnam hervorgerufen sei (XNA, 29.6.79). Bereits Han Nianlong hatte darauf hingewiesen, daß in der VR China inzwischen 230.000 vietnamesische Flüchtlinge angekommen seien (XNA, 28.6.79). Außerdem gehe es der vietnamesischen Seite darum, die Verhandlungen möglichst lange hinauszuschieben, um Zeit zu gewinnen. Bereits Phan Hien habe offen erklärt, daß Vietnam "viel Zeit und eine Menge von stellvertretenden Ministern habe". Man könne fünf Jahre und länger miteinander verhandeln (XNA in SWB, 30.6.79).

Die Verhandlungen waren eingerahmt von Grenzwischenfällen. China beschuldigte Vietnam, vom 21. Mai bis 25. Juni Tausende von Malen an der gemeinsamen Grenze geschossen und über ein Dutzend chinesische Soldaten verletzt oder getötet zu haben (ebenda). Die Presseberichte beider Seiten sind angefüllt mit Verletzungsvorwürfen (vgl. XNA, 3.6.79 einerseits und VNA in SWB, 18., 25. und 30.6.79 andererseits).

Immer noch hat Vietnam 30-40.000 Soldaten in Kampuchea stehen.

Weitaus erfolgreicher als die Gespräche zwischen den Außenministern waren die Verhandlungen der Rote-Kreuz-Gesellschaften, die am 22. Mai am "Freundschaftspaß" Gespräche über den Gefangenenaustausch führten (XNA, 23.5.79).

## 2. Gefangenenaustausch

Zwischen dem 21. Mai und dem 22. Juni tauschten China und Vietnam 1.636 vietnamesische gegen 138 chinesische Kriegsgefangene aus, und zwar in insgesamt fünf Runden, die jeweils am Kilometerstein Null auf der Landstraße zwischen dem Freundschaftspass in der Autonomen Region Guangxi und der vietnamesischen Stadt Dong Dang stattfanden. Darüber hinaus übergab China der vietnamesischen Seite vierzehn Sterbeurkunden und Vietnam den Chinesen eine Sterbeurkunde. Die beiderseitige Propaganda hielt sich hierbei die Waage: Ein vietnamesischer Soldat habe die Repatriierung abgelehnt und gebeten, in China bleiben zu dürfen. Er habe erklärt: "Infolge der faschistischen Herrschaft der vietnamesischen Behörden sind weder die Menschenrechte noch meine Sicherheit und mein Leben garantiert. Deshalb will ich nicht zurück, sondern in China bleiben." Ändere Hanoi allerdings seine Politik, so werde er zurückkehren. Die chinesische Seite habe in "revolutionärem Humanismus" diesem Wunsche stattgegeben (BRu, 3.7.79, S.7).

Daraufhin erklärte die vietnamesische Seite (VNA in SWB, 26.6.79), daß ein chinesischer Kriegsgefangener ebenfalls die Rückkehr verweigert habe, mit der Begründung, daß China einen "reaktionären Imperialismus" treibe und daß das Leben dort voller Schwierigkeiten sei.

Die chinesische Seite erklärte dazu, daß Vietnam hier gewaltsam und "grundlos einen gefangenen Chinesen zurückhalte".

Beide Seiten warfen sich auch "Provokationen" während des Austausches vor (XNA, 28.5.79).

Schließlich wurde behauptet, daß die Kriegsgefangenen von der jeweils anderen Seite "barbarisch und grausam" mißhandelt worden seien (u.a. VNA in SWB, 16.6.79).

Die chinesische Propaganda berichtete von der tiefen "Dankbarkeit der vietnamesischen Gefangenen" gegenüber dem chinesischen Volk und der chinesischen Regierung (XNA, 29.5.79).

## 3. Böses Blut bei den Chinesen machte auch die 5. Tagung der VI. Nationalversammlung, die vom 28.-30. Mai stattfand und bei der die Politbüromitglieder Truong Chinh - lange Jahre als chinafeindlichste aller vietnamesischen Führungspersonlichkeiten gerühmt - sowie General Giap Erklärungen abgaben, die zwei Themen betrafen, nämlich den Sieg in den "zwei patriotischen Kriegen im Norden und Südwesten" und die "Aufgaben unserer ganzen Armee und unseres ganzen Volkes in der neuen Situation" (Radio Hanoi, SWB, 30.5.79). Giaps "Bericht" bestand aus drei Teilen.

- Teil 1: "Die großen Siege in den zwei patriotischen Kriegen": Die "chinesischen Reaktionäre" hätten die völkermörderischen Pol-Pot-Ieng-Sary-Truppen militärisch systematisch unterstützt und ihre Truppen von sieben Divisionen Mitte 1975 auf 23 Divisionen im Dezember 1978 "hochgepöppelt". Nach vielen kleineren Angriffen seien dann am 22. Dezember und am 31. Dezember von kampucheanischer Seite Großangriffe gestartet worden, gegen die sich Vietnam mit Erfolg zur Wehr gesetzt habe (VNA in SWB, 2.6.79). Im Februar seien 600.000 chinesische Soldaten nach Vietnam eingefallen (Radio Hanoi in SWB, 30.5.79).

- Teil 2: "Chinas Großmachtexpansionismus und seine hegemonistischen Pläne".

Hier zieht Giap lange rote Fäden bis zurück ins Jahr 1954, ja bis hin zu den "alten feudalistischen Dynastien" Chinas, die immer wieder nach Vietnam eingefallen seien. China sei heute die "NATO des Ostens", habe sich mit den USA und den "meist reaktionären Kräften" verbündet und versucht, nicht nur Laos und Kampuchea, sondern auch Vietnam und das ganze Südostasien unter seine Fittiche zu bringen.

- Im dritten Teil wird dann zum gemeinsamen Kampf der drei Völker Laos, Kampuchea und Vietnam sowie zum gemeinsamen Kampf des Volkes und der Armee und zur Verbindung des wirtschaftlichen Aufbaus mit der nationalen Verteidigung aufgerufen. Giap preist auch das Bündnis mit der Sowjetunion und bekennt sich zur Blockfreien-Bewegung.

Xinhua (1.6.79) unterzog diese Ausführungen einer scharfen Kritik. Die Hilfe Chinas in den beiden Indochinakriegen zugunsten Vietnams spreche eine überdeutliche Sprache. Daß der Sozialimperialismus als "feste Stütze des Weltfriedens und der Revolution" bezeichnet werde, sei ein weiterer Höhepunkt.

Die "friedlichen Absichten" der Sowjets würden durch die Tatsachen untermauert, daß nicht weniger als 5.000 sowjetische Militärexperten bereits in Vietnam seien, daß sowjetische TU-95-Flugzeuge eine Basis in Danang bekämen und daß während der chinesisch-vietnamesischen Auseinandersetzungen vierzehn russische Kriegsschiffe in die vietnamesischen Territorialgewässer eingefahren seien (XNA, 5.6.79).

## 4. Ein weiteres Thema ist die Flüchtlingsfrage, die in einer weiteren Übersicht (13) zu behandeln ist.

## 5. Gegenseitige Propaganda-Angriffe:

Auf chinesischer Seite sind hier vor allem drei Themen zu erwähnen.

a) Mißwirtschaft und Korruption in Vietnam: Die Rede ist vom Absinken der Reisproduktion um drei Millionen auf zwölf Millionen Tonnen, der Außenhandelsumsätze von 2 Mrd. US\$ auf 1 Mrd., vom Zusammenbruch des Verkehrs, da von den 70.000 Kraftwagen nur noch 50.000 in Betrieb seien, und vom Rückgang der Baumwolle (statt der benötigten 50.000 würden nur 20.000 t produziert) (XNA, 20.6.79 und SWB, 26.6.79). Ferner: "Wie im Saigon vor der Befreiung, bewirkt Geld auch heute noch Wunder in Ho-Chi-Minh-Stadt. Alles geschieht, wenn man nur Geld anbietet - sei es, daß man eine Haushaltsregistrierung oder größere Getreidezuteilung oder eine Reiseerlaubnis, einen Paß, einen besseren Job oder Befreiung von der Arbeitsreform in den sog. neuen ökonomischen Gebieten erstrebt" (Radio Peking in SWB, 8.6.79).

b) "Kriegsatmosphäre in Hanoi" Das Straßenbild Hanois sei bestimmt von Soldaten-Regulären, Sicherheitstruppen, Selbstverteidigungstruppen. Seit letztem Jahr sei das Rekrutierungsalter, das ursprünglich vom 18. bis zum 30. Lebensjahr angesetzt war, auf eine Spanne von 16 bis 35 Jahren ausgedehnt worden. In einigen Teilen des Landes erreichten die Rekrutierungen 23% der Bevölkerung. 400.000 neue Soldaten seien ausgehoben worden, so daß die vietnamesische Armee nun schon über eine Million reguläre Mitglieder aufweise. Ganz Hanoi wimmle ferner von Polizisten (XNA, 24.5.79).

c) Neue Dokumente seien gefunden worden, die enthüllten, daß der Angriff auf Kampuchea schon beim 4. Plenum der vietnamesischen KP im Juli 1978



beschlossen worden sei. 3 Armeen, 11 Divisionen, 14 Regimenter, 1 Brigade, 1 Flotte und 1 Kampfdivision sollten Kampuchea an allen Fronten entlang der sieben Straßen an der vietnamesisch-kampucheanischen Grenzen von Nordost bis hinunter zum Südwesten, zu Wasser und zu Land angreifen (Radio Peking, SWB, 26.5.79).

Im Gegenzug greift Hanoi die chinesische Drei-Welten-Theorie an, die den Marxismus-Leninismus "verrät", da sie den grundsätzlichen Widerspruch in unserem Zeitalter, nämlich zwischen Imperialismus und unterdrückten Nationen sowie zwischen Bourgeoisie und Proletariat, durch einen Widerspruch zwischen allen unterentwickelten Ländern und einer Supermacht, der Sowjetunion, ersetze (Radio Hanoi, SWB, 28.5.79).

- we -

### (15) Der Kampf um Kampuchea

Mit Beginn der Regenzeit (Mai/Juni), die bis in die Novembertage hinein dauert, haben die Pol-Pot-Truppen eine mehrmonatige Atempause erhalten, die sie nicht nur zur Rekonsolidierung ihrer rund 80.000 Soldaten, sondern darüber hinaus sogar zum Gegenangriff auf den Nachschub und die logistischen Lager der Vietnamesen benutzen können. Die Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea sind heute in kleinere, weitgehend selbständig operierende Verbände aufgesplittet. Ihre schlimmste Zeit hatten sie in den Monaten April und Anfang Mai, als sie vor allem im Westen und im Zentrum des Landes von den rund 50.000 vietnamesischen Soldaten und den Streitkräften der Volksrepublik Kampuchea gehetzt wurden. Am 28. März wurde das Hauptquartier Pol Pots nahe der nordwestlichen Stadt Battambang eingenommen. Am 10. April waren zwei weitere Basen in den beiden Südprovinzen Kompong-Speu und Takeo gefallen. Der Bodenverlust in Takeo war für die Roten Khmer besonders schmerzhaft, weil dort an der Küste mehrere Wochen lang chinesische Munitionslieferungen angelandet worden waren. Auch in der Provinz Kampot schnitten die Vietnamesen schließlich noch den Zugang zum Meer ab. So blieb nur noch der Nachschub über Thailand. Ende April "flohen", wie es heißt, rund 30.000 Pol-Pot-Soldaten durch das Nadelöhr Aranyaprathet nach Thailand, wurden von dort aber schon kurze Zeit später wieder nach Kampuchea zurückgeschickt. Vermutlich handelte es sich dabei um "Logistik à la Thailand".

Weitaus größeren Nachschub aber erhalten die vietnamesischen und volksrepublikanisch-kampucheanischen Truppen. Anfang Juni tauchte in Kompong Som, dem früheren Sihanoukville, eine "große Anzahl von sowjetischen Handelsschiffen" auf, welche militärische Güter zugunsten der vietnamesischen Truppen in Westkampuchea anlandeten. Darüber hinaus lieferten die Sowjets eine Radarstation, die in Sisophon aufgestellt wurde. Außerdem wurden Flakgeschütze entlang der thailändisch-kampucheanischen Grenze in Stellung gebracht (XNA, 2.6.79). Nach Aussagen des thailändischen Premiers Kriangsak soll auch in der Nordwestprovinz Battambang ein von der Sowjetunion geliefertes Radarsystem aufgestellt worden sein (XNA, 4.6.79).

Die RMRB (30.6.79) sah in den gleichlautenden Erklärungen der laotischen und der kampucheanischen Heng-Samrin-Regierung zur Flüchtlingsfrage einen weiteren Beweis für die vietnamesische Oberherrschaft: Die "Phrasen Hanois" seien von den beiden

anderen Regierungen "wie am Grammophon" abgespielt worden. Trotzdem bietet das Heng-Samrin-Regime momentan den Eindruck, als sei es besser konsolidiert als die Pol-Pot-Bewegung. "Konsolidierung" lautet denn auch heute die Schlüsselparole Phnom Penhs. Bereits am 24. Februar 1979 war eine bis heute andauernde Produktionskampagne angekurbelt worden. Gleichzeitig ging der Kampf gegen die Pol-Pot-Einheiten weiter, der mithilfe eigener Truppen und Milizen, vor allem aber mit der Unterstützung vietnamesischer Verbände geführt wird. Die Stadtbevölkerung kehrt langsam wieder zurück. Anfang Mai hatte Phnom Penh, in dem 1975 noch drei Millionen Menschen lebten, das aber inzwischen zur Geisterstadt geworden war, immerhin schon wieder 65.000 Einwohner. Die neue Regierung sucht sich Sympathien bei der von alters her buddhistisch geprägten Bevölkerung auch dadurch zu erwerben, daß sie die Wiederausübung der Religion zuläßt. Im April besuchte eine Delegation der Asiatischen Buddhistenvereinigung die Hauptstadt. Auch das traditionelle Neujahrsfest wurde im April erstmals wieder begangen. Wieder zugelassen ist ferner die individuelle Partnerwahl und die Ausübung der alten Heiratsbräuche. Gleichzeitig laufen überall Prozesse der "Entpotifizierung", wobei die Regierung sich bemüht, den Eindruck der "Milde" walten zu lassen. Inzwischen sind auch die meisten Straßennamen Phnom Penhs umgetauft worden. Auch die ersten Schulen öffnen nach vier Jahren wieder ihre Pforten (an Hochschulen und Universitäten ist freilich noch lange nicht zu denken). Erwachsene haben politische Kurse laufen, wobei das vietnamesische Kommunismus-Modell Lehrinhalt ist. Außenpolitisch ist die neue Regierung inzwischen von zwanzig Ostblock-Ländern anerkannt. In der Blockfreien-Bewegung allerdings hat Heng Samrin noch keine Anerkennung gefunden (dazu Ü 21).

Eine Zeitlang warb Phnom Penh um die Gunst Sihanouks, doch hat man sich inzwischen offensichtlich anders besonnen. Die "Expansionisten" in Peking benutzten inzwischen zwei Haupttrümpfe, nämlich einerseits die "reaktionäre Pol-Pot-Ieng-Sary-Armee" und andererseits die "Sihanouk-Karte", um auf diese Weise die kampucheanische Revolution zu sabotieren (SPK, 6.6.79 in SWB, 8.6.79). Auch der vietnamesische Botschafter in Peking meinte, daß Sihanouk nur noch ein "Gegenstand in den Händen der Chinesen" sei, nachdem er sich als Sprecher für Pol Pot in der UNO hergegeben habe. Von einer Vertretung der Interessen des kampucheanischen Volkes könne doch heute ganz gewiß keine Rede mehr sein (SWB, 16.6.79). Unberührt von solchen Aussagen erklärte Sihanouk am 23. Mai in seinem derzeitigen Aufenthaltsort Pyongyang, daß er die vietnamesische Okkupation Kampuchreas nie und nimmer hinnehmen werde (XNA, 24.5.79).

Am 9. Juni gab Ieng Sary ein Interview, in dem er die Absicht der Pol-Pot-Regierung bekanntgab, in den nächsten drei Monaten vor Eröffnung des Blockfreien-Gipfels in Havanna den Guerillakrieg gegen die vietnamesischen Truppen in Kampuchea zu verstärken und gleichzeitig eine Aufklärungskampagne auf diplomatischem Felde vorzutragen. Was Kampuchea selbst anbelange, so befinde sich ein Viertel seiner Fläche unter der Herrschaft vietnamesischer Truppen, ein weiteres Viertel werde vom Demokratischen Kampuchea kontrolliert, während die restliche Hälfte sich inzwischen in eine "Guerillazone" verwandelt habe. Wenn die vietnamesischen Truppen sich nur einen Augenblick zurückzögen, löse sich die Marionette

Heng Samrin "wie Salz in Wasser auf" (AFP in SWB, 13.6.79). Eine etwas merkwürdige Behauptung bringt Radio Hanoi (SWB, 11.6.79). Pol Pot habe - und diese Aussage wurde in der Tat gemacht - das Ziel verkündigt, die kampucheanische Bevölkerung auf 20 Millionen Menschen anwachsen zu lassen. Diese Prophetie gehe auf eine ganz unerwartete Weise in Erfüllung. Vor kurzem nämlich sei die Bevölkerung eines ganzen chinesischen Landkreises nach Kampuchea eingeschleust worden, um dort die kampucheanische Bevölkerung zu vermehren! Im chinesisch-vietnamesischen Propagandakrieg ist jedes - aber offensichtlich auch jedes - Mittel recht!

- we -

#### (16) Ein chinesischer Beamtenpaß für den Außenminister der gestürzten Pol-Pot-Regierung?

Die Zeitschrift Asiaweek veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 29.6.1979 ein Foto von Teilen eines Beamten-Reisepasses (gongwu huzhao) der Volksrepublik China, der das Paßfoto des Außenministers der gestürzten kambodschanischen Pol-Pot-Regierung, Ieng Sary, enthält. Den Eintragungen in diesem Paß zufolge handelt es sich bei dem Paßinhaber um einen Beamten chinesischer Staatsangehörigkeit namens Su Hao, der am 1. Januar 1930 in Peking geboren sein soll - jegliche Hinweise auf die eigentliche Identität des Paßträgers, wie z.B. die chinesische Transkription des Namens Ieng Sary ("Ying Sali") oder sein kambodschanischer Geburtsort, fehlen. Wenn es sich bei der von der normalerweise als zuverlässig geltenden Asiaweek abgedruckten Reproduktion eines chinesischen Beamtenpasses für Ieng Sary nicht um eine Fälschung z.B. des sowjetischen oder vietnamesischen Geheimdienstes handelt, muß daraus geschlossen werden, daß die Behörden der Volksrepublik China offenbar mit Schwierigkeiten für den ehemaligen kambodschanischen Außenminister bei der Einreise nach Sri Lanka, Japan und Thailand rechnen. Ieng Sary hatte im Juni als offizieller kambodschanischer Delegierter an der Außenministerkonferenz der blockfreien Staaten in Colombo teilgenommen und hatte sich auf seiner Rückreise nach Kambodscha, das er über Thailand erreichte, zu einem knapp viertägigen Besuch in Japan aufgehalten, wo er u.a. vom japanischen Außenminister Sonoda empfangen wurde. Zuvor hatte Ieng Sary der Volksrepublik China, die das gestürzte Pol-Pot-Regime nach wie vor tatkräftig unterstützt, einen Besuch abgestattet, wobei er am 20. Juni mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping zusammentraf. Ob sich die Behörden auf Kuba, wo im September die Gipfelkonferenz der Blockfreien stattfinden soll, auf den chinesischen Kunstgriff einer "Nationalitätsumwandlung" Ieng Sarys einlassen, d.h. die Einreise des angeblich chinesischen Staatsangehörigen Su Hao gestatten, muß bezweifelt werden. Freilich: Als Vertreter des gestürzten Pol-Pot-Regimes hätte Ieng Sary ohnehin kaum eine Chance, nach Havanna zu kommen, da Kuba die von Vietnam eingesetzte Marionettenregierung unter Heng Samrin als einzig legitime Regierung Kambodschas anerkennt.

- sch -

#### (17) Pol Pot und die "Viererbande"

Als erste chinesische kommunistische Publikation hat die der KPCh sehr nahestehende Hongkonger

Zeitschrift Zhengming eine schonungslose Analyse der Politik der Regierung Pol Pot in Kambodscha unternommen und dem Pol-Pot-Regime vorgeworfen, an seinem Untergang hauptsächlich selbst die Schuld zu tragen (Guan Fengyue, "Zhang Chunqiao niulun yu Jiangong" (Die absurden Theorien des Zhang Chunqiao und die Kommunistische Partei Kambodschas), in: Zhengming, Nr.17, 1.3.79, S.32-33). Der Autor des Zhengming-Artikels kommt zu dem Schluß, daß die "ultralinke" Politik der Pol-Pot-Regierung die "hauptsächliche Ursache" des Sturzes von Pol Pot gewesen sei. Diese "ultralinke Linie" habe sich vor allem in drei Maßnahmen widergespiegelt, die eine enge Verwandtschaft zum Konzept der "Viererbande" aufwiesen:

1. Pol Pot habe in enger Anlehnung an ein linkes Hirngespinnst von Zhang Chunqiao landesweit das Geld und das Entlohnungssystem abgeschafft und stattdessen ein "Versorgungssystem" (gongjizhi) eingeführt, nach dem jeder das an Lebensmitteln, Kleidung etc. zugeteilt bekam, was die Partei als für die Bürger notwendig erachtete. Damit habe die Pol-Pot-Regierung aus einem Land, das früher Getreide exportierte, ein Land des Hungers und der Not gemacht.
2. Nach dem Vorbild der "Säuberung der Klassenreihen in Peking" während der Kulturrevolution - jedoch noch brutaler - habe Pol Pot die Stadtbevölkerung von Phnom Penh verjagt und damit Industrie und Handel zum Erliegen gebracht und die Not der Bevölkerung noch vergrößert. Allein über 100.000 Auslandschinesen seien aus Phnom Penh vertrieben worden - unter dem billigen Vorwand, es handle sich um "verbürgerlichte Chinesen".
3. Wie die "Viererbande" während der Kulturrevolution habe auch Pol Pot die Einstellung der Lehrtätigkeit der Mittelschulen und der Universitäten verfügt und damit eine katastrophale Senkung des Bildungsniveaus bewirkt. Im Gegensatz zu klugen Staatsmännern habe Pol Pot - ebenso wie die "Viererbande" - den Intellektuellen überhaupt keinen Wert beigemessen. Aus dem Marxismus schließlich habe Pol Pot einen mittelalterlichen patriarchalischen Zinnober gemacht.

Nach solch vernichtender Kritik fügte der Zhengming-Autor ganz im Sinne der offiziellen Pekinger Politik noch hinzu, daß Pol Pot aus seinen Fehlern sicherlich lernen und nun eine patriotische Einheitsfront für den "Befreiungskrieg" zur Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit organisieren werde - auf diese Weise bestünden für die "erneute Befreiung" des kambodschanischen Volkes gute Aussichten. Das freilich hatten die Roten Khmer Pol Pots schon einmal mit Prinz Norodom Sihanouk als "nützlichem Idioten" im leninschen Sinne praktiziert, den sie nach der Machtübernahme wie eine "ausgequetschte Zitrone" (Stalin über Chiang Kai-shek im Jahre 1927) auf den politischen Abfallhaufen warfen. Sollte man in Peking tatsächlich der Meinung sein, Pol Pot könne ein zweites Mal mithilfe einer nationalen Einheitsfront an die Macht gespült werden, so sollte man den Konstrukteuren der Pekinger Außenpolitik doch folgende Passage aus "Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte" von Karl Marx zur Lektüre empfehlen: "Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen, hinzuzufügen, das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce..." (K.Marx, F.Engels, Werke, Band VIII, Berlin

1969, S.115).  
- sch -

### (18) China und Laos: Die Eskalationsleiter weiter nach oben

Die sich verschärfende Konfliktsituation zwischen Hanoi und Peking begann schon Mitte 1978 auch auf das Verhältnis zwischen Peking und Vientiane abzufärben - für die chinesische Führung ein erneutes Indiz dafür, daß in Vientiane heute nicht mehr Laoten, sondern Vietnamesen regieren (ausführlich zu diesem Komplex: C.a., März 1979, S.192-218).

Die einzelnen Schritte:

- Im Juli 1978 forderte die laotische Regierung die Schließung des Büros des Repräsentanten des Wirtschaftsberaters der chinesischen Botschaft in Muong Sai.
- Am 7. März 1979 forderte das laotische Außenministerium in einem "offiziellen Brief" das chinesische Außenministerium auf, sämtliche in Laos noch beschäftigten chinesischen Entwicklungshelfer zurückzuziehen (ebenda, S.201).
- Kurze Zeit später mußte die VR China das Büro der Nachrichtenagentur Xinhua in Vientiane schließen und seine Korrespondenten zurücknehmen (XNA, 16.6.79).
- Am 1. Juni 1979 forderte das laotische Außenministerium die chinesische Botschaft in Vientiane auf, "bis Ende Juni ihre Personalstärke auf zwölf Personen zu reduzieren" und begründete dies mit Paritätsgesichtspunkten: Auch die laotische Botschaft in China sei nur mit zwölf Mann besetzt. Außerdem dürfe China in Vientiane weder einen Militärattaché noch andere Militärkader stationieren (ebenda). In einer Note protestierte der Leiter der Asien-Abteilung des chinesischen Außenministeriums, Shen Ping, gegen diese "diskriminierenden Maßnahmen" (ebenda).
- China zeigt sich ferner befremdet über das "Rekrutierungsfieber" in Laos. Das Rekrutenalter sei ausgedehnt worden, und zwar von 15 auf 45 Jahre. Ein ähnlicher Vorgang habe sich auch nach der Besetzung Kampuchas durch Vietnam gezeigt, als nämlich das dortige Rekrutierungsalter statt von bisher 18-30 nunmehr auf 16-45 Jahre ausgedehnt wurde. Obwohl Vietnam in Laos nicht weniger als 50.000 Soldaten stehen habe, sei die Feindschaft der Laoten inzwischen so angestiegen, daß man es offensichtlich für nötig halte, dem Problem durch verstärkte laotische Konstriktionsmaßnahmen beizukommen. Im übrigen seien bereits im März 1979 über tausend laotische Soldaten nach Kampuchea entsandt worden. Immer deutlicher werde der vietnamesische Plan, Kampuchea und Laos als Sprungbrett für die Eroberung Thailands und anderer südostasiatischer Länder zu benutzen (XNA, 16. und 17.6.79). Einen weiteren Beweis für die Oberherrschaft Vietnams über Laos sieht Peking nicht nur in der großen Politik Vietnams, sondern auch an Kleinigkeiten: So z.B. wurde ein Haus der laotischen Krone an der französischen Mittelmeerküste vor kurzem von der vietnamesischen Botschaft übernommen (Radio Peking, 1.6.79 in SWB, 4.6.79).

Die laotische Regierung andererseits fährt damit fort, China der Subversion und des Truppenaufmarsches entlang der laotischen Nordgrenzen zu beschuldigen.

Während seines Vietnam-Besuchs beschuldigte

der laotische Minister für Information, Propaganda, Kultur und Tourismus, Sisana Sisan, die chinesische Regierung, daß die Zahl der chinesischen Soldaten an den laotischen Nordgrenzen sich inzwischen auf 50.000 erhöht habe. Täglich würden chinesische Spione und Kommandos in den Norden des Landes eingeschleust. Die Chinesen bildeten z.Zt. auch mehr als 3.000 laotische "Reaktionäre" zu subversiven Zwecken aus. Antilaotische Propaganda werde auch in den Flüchtlingslagern in Thailand getrieben (Radio Hanoi, 18.6.79 in SWB, 25.6.79).

Besonders heimtückisch sei die "psychologische Kriegsführung" gegen Laos (Radio Vientiane in SWB, 21.6.79). Vor kurzem habe man Dokumente erobert, aus denen die chinesischen Pläne zur Annexion von Laos klar hervorgingen. Die Chinesen bedienten sich bei ihrer Subversion vor allem der "US-Vang-Pao-Spezialtruppen", also jener Meo-Einheiten, die während des Zweiten Indochinakriegs vom amerikanischen CIA ausgebildet wurden und die - wie es vor einiger Zeit in der laotischen Propaganda hieß - angeblich bereits alle vernichtet sind (Radio Vientiane, 13.6.79).

Hier ein Ausschnitt für antichinesische Propaganda à la Laos: "Onkel Ka" und "Onkel Han" unterhalten sich miteinander. Onkel Ka fragt: "Ich kenne mich einfach mit den chinesischen Herrschern nicht mehr aus. Ich verstehe nicht recht, warum sie die Demokratische Volksrepublik Laos verraten haben, obwohl wir ihnen doch niemals etwas Böses oder Provokatives angetan haben... Und warum haben sie uns eigentlich früher bei unserem revolutionären Kampf geholfen? Wo ist da eine Logik?..."

Onkel Han antwortet darauf, daß man streng zwischen den chinesischen Revolutionären und den chinesischen "Expansionisten" unterscheiden müsse. Zur Zeit des Zweiten Indochinakriegs seien die "Expansionisten" noch schwach gewesen. Inzwischen habe sich dieses Kräfteverhältnis verändert. Und warum Peking heute gegen Laos kämpfe? Nun, weil Laos in der Zwischenzeit ein wirklich sozialistischer Staat geworden sei, der nach wahrer Unabhängigkeit strebe.

Daraufhin "Onkel Ka": "Wann begann denn der Widerstand der Pekinger Herrscher gegen die laotische Revolution, Genosse?"

Eigentlich begann die expansionistische Politik des Widerstands gegen Laos "schon in der Geburtsstunde unserer Revolution. Damals äußerte er sich allerdings nur im Geheimen. Die 'Pekinger Herrscher' bedienten sich bei der Verfolgung ihrer 'maoistischen Linie' einer Doppeltaktik, indem sie uns zugleich halfen und gegen uns Widerstand leisteten. Nach Errichtung der Volksdemokratie in Laos aber (1975) nahm dieser Widerstand offene Formen an".

Onkel Ka: "Und wie zeigte sich dieser offene Widerstand? Kannst Du mir das erklären, Genosse?"

Onkel Han: "Nach Ausrufung der Volksrepublik begannen die Pekinger Herrscher sofort mit der Unterstützung der Vang-Pao-Clique, der Kong-Le-Clique und anderer exilierter laotischer Reaktionäre. Sie gaben den piratenhaften Kommandos Waffen, Verpflegung und jede sonstige Hilfe... Z.B. wurden die Kommandos im Phou-Bia-Gebirge von den chinesischen Herrschern mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Waffen ausgerüstet. Außerdem haben sie sich psychologischer Kriegstaktiken bedient, um auf diese Weise Uneinigkeit unter den Nationalitäten zu säen, die Armee aufzuspalten und unsere Partei- und Staatsorgane in Verruf zu bringen. Sie haben Angestellte der früheren Vientiane-Regierung und zahlreiche unserer Landsleute angestiftet, aus dem Lande

zu fliehen... In einigen Gegenden, wo der Analphabetismus noch weit verbreitet ist, haben sie Geschichten über Tiao Fa, Tiao Chuang und andere Medizinmänner erzählt, um damit das Volk zu vernebeln. All diese Akte sind auf Zerstörung unserer Revolution gerichtet..."

Onkel Ka: "Gut, ich verstehe das alles. Was sollen wir nun tun?"

Onkel Han meint darauf: "Es bleibt uns nichts anderes übrig als äußerst wachsam zu sein und uns auf alle möglichen finsternen Pläne gefaßt zu machen. Dies ist alles, was wir tun können - hohe Wachsamkeit zeigen, schnell ihre Pläne durchkreuzen und uns vorbereiten auf den Kampf..." (Radio Vientiane, 22.6.79 in SWB, 29.6.79).

Die "Sonderbeziehungen" zwischen Laos und Vietnam sind inzwischen auch durch Unterzeichnung eines "Plans für die kulturelle Zusammenarbeit in den Jahren 1979 und 1980" bestärkt worden (Radio Hanoi, 18.6.79 in SWB, 25.6.79). Die frühere Außenministerin der Nationalen Befreiungsfront, Madame Nguyen Thi Binh, die heute als vietnamesische Erziehungsministerin fungiert, stattete Mitte Juni der Volksrepublik Laos einen offiziellen Besuch ab, wo sie 320 vietnamesischen Lehrern, die in Laos tätig sind, Auszeichnungen überreichte. Diese "erzieherische Hilfe" werde die laotische Kultur endgültig zerstören, meint die "Stimme des Demokratischen Kampuchea" (in SWB, 5.7.79).

- we -

#### (19) Bedrohung Thailands durch Vietnam?

Am 26. Juni berichtete die Bangkok Post, daß im Verlauf der letzten zwei Monate in Zentral- und Südlao größere vietnamesische Truppeneinheiten - vermutlich zehn Divisionen - entlang der Nordostgrenze Thailands aufmarschiert seien, vor allem gegenüber den Grenzbezirken von Nam Yuen und Buntharik in der an Laos und Kampuchea angrenzenden Provinz Ubon Ratchathani. Damit entstünden ernsthafte Sicherheitsprobleme für Thailand (Kommentar hierzu: XNA, 26.6.79).

Bei den Verbänden handle es sich um ungefähr 13.000 vietnamesische Soldaten (eine Infanteriedivision, ein Artillerieregiment und ein Panzerregiment). Am 20. Juni sei eine kleine Gruppe von Vietnamesen bereits in thailändisches Gebiet eingedrungen (XNA, 23.6.79). Thailand habe daraufhin seine militärischen Kräfte in der gefährdeten Gegend gestärkt. Ein Bataillon des 1. Kavallerieregiments sei von Bangkok abgezogen und nach Aranyaprathet an der thailändisch-kampucheanischen Grenze verlegt worden. Das 11. Kavallerieregiment sei von Saraburi ebenfalls in diese Gegend geschafft worden (XNA, 12.6.79).

Zur Beruhigung der Thailänder habe der vietnamesische stellvertretende Außenminister Nguyen Co Thach dem früheren indischen Sekretär für Äußeres, Kaul, mitgeteilt, daß Vietnam mit den ASEAN-Ländern kollektiv oder einzeln einen Nichtangriffspakt unterzeichnen wolle. Am 2. Juni jedoch bereits lehnte der thailändische Ministerpräsident Kriangsak diesen Vorschlag ab: Ein solcher Vertrag sei überflüssig, da Thailand und Vietnam ja keine gemeinsame Grenze hätten (XNA, 5.6.79).

Von zwei Seiten erhielt Thailand bisher Rückenstärkung, nämlich von China und den ASEAN-Partnern. Am 17. Juni gab der stellvertretende Ministerpräsident Li Xiannian in Peking zu Ehren des thailändischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Dawee

Chullasapya die Erklärung ab, daß China Thailand und die anderen ASEAN-Staaten in ihrem Kampf zur Erhaltung des Friedens und zur Abwehr des "regionalen Hegemonismus" unterstützen werde. Worin diese Unterstützung bestehen werde, ließ Li jedoch offiziell nicht verlauten. Möglicherweise denkt man an einen zweiten "Straffeldzug". China wies auf die gemeinsame "Zusammenarbeit" anlässlich eines Glückwunschschriftens Hua Guofengs zur Neuernennung Kriangsaks zum Ministerpräsidenten hin (Radio Peking in SWB, 4.6.79) und auch beim Empfang des neuen thailändischen Botschafters (XNA, 21.5.79).

Auch bei der Bali-Konferenz der ASEAN-Staaten Anfang Juli wurde über Hilfsmaßnahmen zugunsten Thailands beraten. Man müsse u.a. auf "gesunde Beziehungen" mit China hinarbeiten (Radio Kuala Lumpur in SWB, 3.7.79). Erst im Mai hatte der malaysische Ministerpräsident der VR China einen offiziellen Besuch abgestattet (C.a., Mai 1979, Ü 15).

Hanoi macht demgegenüber geltend, daß nicht Vietnam, sondern die VR China Thailand und die ASEAN-Staaten bedrohe. 1965 habe Peking in Indonesien einen Staatsstreich ausgeheckt, 1968 habe es die Aufstände in Malaysia unterstützt, und was Peking in Laos und in Kampuchea unternehme, liege ja jedermann vor Augen. Vietnam andererseits sei fest entschlossen, seine freundschaftlichen Beziehungen zu Thailand, dem Nachbarland und zu den anderen ASEAN-Staaten zu festigen.

- we -

#### (20) Gemeinsames und Trennendes zwischen China und Indonesien

Sowohl die indonesische als auch die chinesische Regierung verurteilen die vietnamesische Vertreibungspolitik, wenngleich sich Djakarta mehr Zurückhaltung auferlegt. U.a. erhielt die indonesische Regierung Ende Juni den Besuch des Hanoi-Abgesandten Mai Van Bo, der über die Flüchtlingsfrage sprach. Zwischen 30 und 50.000 "Boatpeople" aus Vietnam sind inzwischen auch in Indonesien angelangt.

Negativ im bilateralen Verhältnis schlägt zu Buch, daß die indonesische Regierung Anfang Juni die Verteilung von Videokassetten und Schallplatten in chinesischer Sprache verboten hat (Radio Djakarta, SWB, 15.6.79).

Vor kurzem erging ferner ein Präsidentenerlaß, der es chinesischen Geschäftsleuten verbietet, kleine Geschäfte mit einem Anfangskapital von unter 25.000 Rupiahs zu betreiben. Präsident Suharto meinte allerdings, daß der Erlaß keineswegs als Diskriminierung der Auslandschinesen, sondern vielmehr als Hilfe für die ökonomisch schwachen einheimischen Indonesier gedacht sei (AFP in SWB, 19.6.79).

In der Frage der vietnamesisch-chinesischen Auseinandersetzungen hat sich inzwischen die KP Indonesiens eindeutig auf die chinesische Seite geschlagen (Voice of the Malayan Revolution, in SWB, 27.6.79).

- we -

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

### (21) **Tauziehen bei der Blockfreien-Konferenz in Colombo um die Vertretung Kampucheas**

Vom 6.-10. Juni fand in Colombo/Sri Lanka eine Konferenz des Koordinationsbüros der Blockfreien statt, an der Vertreter von 91 Ländern und Organisationen teilnahmen. Mit zu den zwei meistumstrittenen Punkten gehörten der Charakter der echten Blockfreiheit und die Vertretung Kampucheas.

Was den ersteren Punkt anbelangt, wurde echte Blockfreiheit von der Mehrheit der Mitglieder definiert als "unabhängiger blockfreier globaler Faktor in den internationalen Beziehungen frei von den Großmächten, der Rivalität und dem Einfluß des Blocks". Zugleich bedeutet Blockfreiheit Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, rassistische Diskriminierung, Hegemonie und Blockbildung (XNA, 12.6.79). Diese Definitionsfrage war erneut aufgeworfen worden, weil der Status solcher Länder wie Kuba und Vietnam einerseits und Ägypten andererseits von verschiedenen Mitgliedern angezweifelt worden war.

Über die rechtmäßige Vertretung Kampucheas war bereits am 8. Mai 1979 entschieden worden, als das Koordinationsbüro der Blockfreien in New York beschloß, daß die Vertreter des "Demokratischen Kampuchea", also m.a.W. die Pol-Pot/Ieng-Sary-Bewegung, eingeladen werden sollte. Der Vertreter der "Volksrepublik Kampuchea", also der Heng-Samrin-Regierung, Außenminister Hun Sen, war zwar ebenfalls nach Colombo gekommen, durfte dort aber an den Beratungen nicht teilnehmen.

Am entschiedensten für Poi Pot setzten sich Jugoslawien, Singapur, Indonesien, Malaysia, Somalia, Niger, Nigeria, Tansania und Zaire ein, während die Delegierten Vietnams, Laos', Kubas, Afghanistans, Südjemens, Angolas, Äthiopiens, Mozambiques, Jamaicas und Guyanas für Heng Samrin plädierten (Radio Hanoi in SWB, 15.6.79).

Peking stellt die Abweisung der Heng-Samrin-Vertretung als Sieg der Blockfreien-Bewegung hin. Was Abweichung vom Blockfreiheitsgedanken bedeute, habe die Verhaltensweise Vietnams in den letzten Monaten anschaulich gemacht: Vietnam habe nicht nur zwei Häfen der sowjetischen Marine und Luftwaffe überlassen und damit das Blockfreien-Prinzip verletzt, daß an Großmächte keine Militärbasen überlassen werden dürften; es habe sich auch zum Werkzeug der sowjetischen Expansion in Asien bei der Schaffung des "Asiatischen Kollektiven Sicherheitssystems" erniedrigen lassen und gehöre nunmehr dem Sowjet-Militärblock an (BRu 1979, Nr.25, S.21).

So endgültig, wie es aus der chinesischen Propaganda hervorzugehen scheint, ist der Ausschluß der Heng-Samrin-Vertreter freilich keinesfalls: In Colombo wurde nämlich beschlossen, daß die Frage der kampucheanischen Vertreter bei der nächsten - der sechsten - Gipfelkonferenz der Blockfreien im September in Havanna entschieden werde.

- we -

### (22) **Klärung der IOC-Frage**

Bei einem Besuch in der Bundesrepublik erklärte der chinesische Sportminister sowohl in München als

auch in Frankfurt, daß es nur ein Nationales Olympisches Komitee Chinas gebe, und dessen Sitz sei Peking. Taiwan könne keinen zweiten Sitz beanspruchen, da es nur eine Provinz Chinas sei. Schon Song Zhong, der Generalsekretär des Chinesischen Olympischen Komitees, hatte am 7. April 1979 kurz nach der IOC-Abstimmung in Montevideo erklärt, daß China die Existenz zweier Olympischer Komitees nicht akzeptieren könne. Als provisorische Maßnahme könne allerdings die Sportorganisation Taiwans als "Chinesisches Olympisches Komitee Taiwan" im IOC bleiben. Die Bezeichnung Republik China dürfe jedoch auf keinen Fall benutzt werden (BRu 1979, Nr.10, S.5). Inzwischen hat Wang Meng noch klargestellt, daß unter keinen Umständen die Flagge der Republik China "gehißt und auch keinesfalls die Hymne Taiwans gespielt werden" dürfe.

Damit ist nun endgültig die Frage beantwortet, ob China am 7. April in Montevideo in das IOC aufgenommen worden ist oder nicht (Näheres dazu C.a., April 1979, Ü 18). Unter den "gegebenen Umständen" betrachte sich die VRCh noch nicht als IOC-Mitglied, selbst wenn die meisten Mitglieder der Olympischen Bewegung den April-Beschluß anders interpretierten. Auch sei China "unter den gegebenen Umständen" nicht bereit, an den Olympischen Spielen 1980 in Lake Placid (USA) oder bei den Sommerspielen in Moskau teilzunehmen (SWB, 19.6.79). China hat damit dem IOC eine "Abfuhr" erteilt. Wang Meng machte auch noch deutlich, daß das Verhalten der chinesischen Vertreter bei der Montevideo-Tagung falsch interpretiert worden sei (vgl. auch C.a., Mai 1979, Ü 23).

Wang Meng bezeichnete es als Witz, daß 900 Mio. Menschen nicht im IOC vertreten seien. Die Schuld dafür liege bei jenen Leuten, die nicht für Gerechtigkeit einträten.

Wenn China auch nicht an den nächsten Olympischen Spielen teilnimmt, so will es doch beim Weltcup der Leichtathleten Ende August in Montreal mit dabei sein. Bei den Asien-Meisterschaften Mitte Juni in Tokio haben sich für dieses große Ereignis bereits sieben Chinesen für die Asien-Mannschaft qualifiziert, und zwar sechs von ihnen in Einzelwettbewerben (Dreisprung, Speerwerfen, Hochsprung/Frauen, Kugelstoßen/Frauen, Diskus/Frauen und Speerwerfen/Frauen) sowie Teilnahme eines Läufers bei der 4x100 m-Staffel.

- we -

## AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

### (23) **Auch in der Ausländerbehandlung zeigt sich nun die Abkehr vom "Pekinger Frühling"**

Offensichtlich bereits Mitte Mai erließen die Pekinger Städtischen Behörden einen Aufruf, der die Kontakte von Chinesen mit Ausländern einschränken soll, und der u.a. in mehreren Instituten der Pekinger Universität sowie vermutlich auch in den sonstigen Organisationen, die mit "kontaktverdächtigem" Personal besetzt sind, verlesen wurde. Ohne besondere Erlaubnis soll kein Chinese sich von einem Ausländer zum Essen einladen lassen, mit ihm ins Theater gehen, an Tanzveranstaltungen teilnehmen oder Einladungen zum Besuch in Ausländer-Wohnungen annehmen. Die Chinesen dürfen in Zukunft auch keinen

Ausländer mehr darum bitten, für sie Waren im Ausländern reservierten "Freundschaftsladen" zu besorgen, sie dürfen nicht mehr an westliche Journalisten um Hilfe appellieren, sie dürfen Ausländern nicht ihre Adresse überlassen und selbstverständlich auch keine Sexualbeziehungen mit ihnen unterhalten.

Es handelt sich hier, wie gesagt, um kein Gesetz und auch um keine positive Rechtsvorschrift, sondern ganz schlicht um eine Bekanntmachung, die aber durchaus geeignet ist, affirmative Verhaltensweisen zu erzeugen.

Seit dem Ende November 1978 einsetzenden "Pekinger Frühling" war es zu einer gewissen Liberalisierung im Verhältnis zu den Ausländern gekommen, die das in der Kulturrevolution mächtig angewachsene Eis schmelzen ließ. Während der Zeit des "Pekinger Frühlings" war es für Chinesen sogar möglich, ohne Passierschein durch die von Soldaten bewachten Tore zu den Ausländer-Wohnungen zu gelangen, wenn sich der betreffende Chinese in Begleitung eines Ausländers befand. Seit dem Ende des "Taufwitters" im März 1979 jedoch kam es zu einer schrittweisen Rücknahme solcher Zugeständnisse.

In China lebende Ausländer müssen künftig für ihren Lebensunterhalt noch tiefer in die Tasche greifen. Mitte Juni wurden praktisch über Nacht die Mieten für Büros und Wohnungen der Diplomaten, Wirtschaftsexperten und Journalisten drastisch erhöht. Die rund 3.000 Bewohner des Diplomatenviertels von Peking wurden auch verpflichtet, sich für 300 Yuan (ungefähr 350 DM) eine neue Mülltonne zu kaufen. In den verschiedenen "Ausländer-Gettos" wurde beispielsweise der Preis für eine Fünf-Zimmer-Wohnung, der bislang bei 2.200 Yuan im Vierteljahr lag, jetzt auf 2.000 Yuan im Monat (ungefähr 2.500 DM) hinaufgeschraubt. Schon Ende 1978 hatte die zuständige Behörde für Dienstleistungen auch die Tarife für ihr Personal, vom Dolmetscher bis zur Putzfrau, kräftig angehoben. Das Amt versteht sich auch als Monopolist beim Verkauf von Theaterkarten an Ausländer. Letztlich zahlt der Ausländer für einen Platz das Zehnfache dessen, was sein benachbarter Chinese auszugeben hat. Schon seit längerer Zeit auch haben die Ausländer bei Inlandsflügen der chinesischen CAAC den dreifachen Preis eines chinesischen Passagiers zu zahlen. Inzwischen haben Ausländer bestimmte Waren, z.B. Autozubehör, über das Amt zu kaufen, wobei sich die Behörde ihre Dienste mit einem 10prozentigen Aufschlag auf den Kaufpreis entgelten läßt (IHT, 4.6.79; FR, 15.6.79 und BPA/Ost-info, 6.6.79).

- we -

## INNENPOLITIK

### (24) Die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes reaktiviert zwei Gründungsmitglieder der KPCh

Der Ständige Ausschuß des V. Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) wählte auf seiner Plenarsitzung vom 5. Juni 1979 mit dem 83jährigen Luo Zhanglong und dem etwa gleichaltrigen Zhang Shenfu (alias Zhang Songnian) zwei Persönlichkeiten in das Nationalkomitee, die zu den Gründungsmitgliedern der Kommunistischen Partei Chinas bzw. deren Vorläu-

fern zählen (XNA, 5.6.79). Von beiden hatte man seit der Gründung der VR China praktisch nichts mehr gehört. Über Luo Zhanglong kursierte sogar das Gerücht, er sei 1949 in einem vietnamesischen Gefängnis umgekommen (s. D.W.Klein, A.B.Clark, "Biographic Dictionary of Chinese Communism", Cambridge/Mass. 1971, S.637). Die Wahl der beiden Wissenschaftler, die schon früh aus der KPCh ausgeschlossen wurden, in das Nationalkomitee der PKCV, dieses beratende Organ der Regierung mit Einheitsfront-Charakter, muß einerseits als Einladung und Aufforderung zur Mitarbeit an Chinas ehrgeizigem Modernisierungsprogramm an all jene Intellektuellen gewertet werden, die aus den unterschiedlichsten Gründen aus der KPCh ausgetreten waren bzw. ausgeschlossen wurden. Andererseits möchte die Parteiführung die noch lebenden Veteranen für die Abfassung einer neuen Parteigeschichte einsetzen, um die in den letzten Jahrzehnten oftmals umgeschriebene KPCh-Geschichte wieder mehr an den historischen Fakten auszurichten (DGB, 18.6.79).

Zhang Shenfu war ursprünglich Lehrer an der Universität Peking gewesen und hatte sich im Anschluß an die 4. Mai-Bewegung im Jahre 1919 offen zum Marxismus bekannt. Im September 1920, kurz vor seiner Abreise zu einem Studienaufenthalt in England, einigten sich Li Dazhao, Zhang Guotao und er auf die Gründung einer Kommunistischen Zelle Peking, zu deren Gründungsmitgliedern er damit zählte. Zhang Shenfu sollte von England aus die chinesischen Studenten in Europa in kommunistischen Gruppen organisieren. In England angekommen hielt er sich jedoch nicht an die getroffene Vereinbarung und widmete sich ausschließlich seinen Studien, was schließlich zum Parteiausschluß führte. Über seine spätere Karriere liegen keine Angaben vor. In einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua hieß es lediglich, Zhang sei ein "bekannter Demokrat", der an der Pekinger Stadtbibliothek arbeite (XNA, 5.6.79).

Auf eine für die Geschichte der KPCh wesentlich bedeutsamere politische Karriere blickt Luo Zhanglong zurück. Luo, der aus einer reichen hunanesischen Grundherrenfamilie aus dem Kreis Liuyang stammt, gründete 1917 in Changsha zusammen mit Mao Zedong, Cai Hesen, Li Weihan und anderen die "Studiengesellschaft des Neuen Volkes" (Xinmin xuehui). 1919 ging er mit einigen Mitgliedern dieser Studiengesellschaft, darunter auch Mao, nach Peking, wo er an der dortigen Universität Ökonomie studierte. Im Jahre 1920 zählte Luo zu den Initiatoren der ersten kommunistischen Gruppen in Peking: Er war Gründungsmitglied sowohl des Pekinger Sozialistischen Jugendverbands und der Kommunistischen Zelle Peking im September 1920 als auch der "Gesellschaft zum Studium der Marxistischen Theorie" im Oktober 1920 bzw. November 1921. Als eines der 15 Mitglieder der Kommunistischen Zelle Peking, die im Juli 1921 auf dem I. Kongreß der KPCh vertreten wurden, zählt Luo Zhanglong auch zu den Gründungsmitgliedern der Kommunistischen Partei Chinas. Vom Beginn seiner Aktivitäten für die KPCh an widmete sich Luo als Funktionär des kommunistischen "Sekretariats der chinesischen Arbeitervereinigungen" (Zongguo laodong zuhe shujibu) dem Aufbau einer kommunistisch beeinflussten Arbeiterbewegung. Von 1923 bis 1931 gehörte Luo Zhanglong als Mitglied des Zentralkomitees zur Führungsspitze der KP Chinas. Auf der 4. Plenartagung des VI. Zentralkomitees im Januar 1931 kam es zum offenen Bruch zwischen der